

An den Vorsitzenden des
Hauptausschusses
Herrn Matthias Trepper
Stadt Gütersloh
Per Mail

Gütersloh, den 27. Februar 2026



Gemeinschaftsantrag: Einführung von Maßnahmen familienfreundlicher Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement zur besseren Vereinbarkeit von Mandat und Familie

Sehr geehrter Herr Trepper,

Die Mitglieder des Hauptausschusses mögen folgende Punkte vereinbaren:

1. eine zeitliche Begrenzung von Sitzungen:
 - Ausschusssitzungen sind auf maximal drei Stunden zu begrenzen
 - Tagesordnungspunkte nach Dringlichkeit zu priorisieren, um diese effizienter zu gestalten und eine konzentrierte Beratung der wesentlichen Inhalte zu ermöglichen. Dabei geht es ausdrücklich nicht um das Vermeiden politischer Debatten, sondern um eine strukturierte und verantwortungsvolle Zeitplanung.
2. Präsentationen (von Externen), die vorab zur Verfügung gestellt werden, nur als Exzerpt zu präsentieren.
3. eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Redezeitbegrenzungen einzuführen:
 - In geeigneten Fällen je Fraktion ein Statement à maximal 3 Minuten. Diskussionen bleiben möglich, wo erforderlich, es geht nicht um eine Einschränkung politischer Debatten.
4. eine familienfreundliche Terminierung der Sitzungen vorzunehmen:

- Sitzungszeiten möglichst familienverträglich zu gestalten. Vorschlag wäre ein Beginn nach 17 Uhr, Ende spätestens um 20 Uhr. Zudem Sitzungen vor Wochenenden und Feiertagen vermeiden.

5. eine Prüfung der erweiterten digitalen Beteiligungsmöglichkeiten zu veranlassen:
 - hybride oder digitale Zuschaltungen zu prüfen und dauerhaft zu ermöglichen.

2

Begründung:

Ziel der vorgeschlagenen Regelungen ist es, die kommunalpolitische Arbeit in Gütersloh zugänglicher, transparenter und attraktiver zu gestalten. Kommunalpolitik soll für alle Menschen in unserer Stadt besser mit unterschiedlichen Lebensrealitäten vereinbar sein und die Beteiligung breiterer Teile der Stadtgesellschaft ermöglichen. Derzeit beteiligen sich bestimmte Gruppen nur in geringem Maße an der lokalen politischen Arbeit. Dazu zählen insbesondere junge Menschen, Familien, Menschen mit Behinderung sowie Menschen mit Migrationshintergrund. Um demokratische Teilhabe zu stärken, ist es erforderlich, bestehende strukturelle Hürden abzubauen und Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln.

Politisches Engagement ist unverzichtbar für eine lebendige Demokratie – doch gerade für Eltern mit kleinen Kindern aber auch mit zu pflegenden Angehörigen ist es oft schwer, Familie und Mandat zu vereinbaren. Im Gleichstellungsbericht, der dem Rat jährlich vorgestellt wird, wird häufig beklagt, dass der Frauenanteil in der Kommunalpolitik zu gering sei. Dies hängt wesentlich damit zusammen, dass Frauen nach wie vor einen großen Anteil an der Care-Arbeit in den Familien übernehmen und in der Regel auch berufstätig sind.

Zudem führt die fehlende zeitliche Terminierung der Sitzungen dazu, dieses Ehrenamt für Menschen mit Familien unattraktiver zu machen, da eine Verlässlichkeit hinsichtlich entstehender Betreuungszeiten so nicht gegeben ist. Die Expertise von Familien in der Politik ist jedoch unabdingbar; daher stellen die vorgeschlagenen Maßnahmen einen wichtigen Schritt dar, um die Teilnahme an Gremiensitzungen zu erleichtern und breiter aufzustellen.

Die Redezeitbegrenzungen könnten zu deutlich effizienteren Sitzungsverläufen führen, ohne dass die inhaltliche Diskussion darunter leidet. Da die von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Vorlagen sowie Präsentationen vorab einsehbar sind, erscheint es im Sinne der Zuschauenden sowie der Ausschussmitglieder ausreichend, wenn die wesentlichen Aspekte pointiert zusammengefasst werden und im Anschluss Nachfragen gestellt werden können. Auch die Redebeiträge der Fraktionen sollten im Sinne einer freiwilligen Selbstverpflichtung stringent gehalten werden.

In anderen Kommunen gibt es bereits Praxisbeispiele, die für die oben angeführten Maßnahmen herangezogen werden könnten: In Rommerskirchen (Rhein-Kreis Neuss) wurde im Rahmen eines Modellprojekts für digitale und hybride Gremiensitzungen gezeigt, wie digitale Beteiligung die Vereinbarkeit von Politik und Familie verbessern kann. In Sehnde (Niedersachsen) hilft die Verwaltung dabei, Eltern Babysitter zu vermitteln; in Halle (Saale) kooperiert die Kommune mit KITAS für eine familienfreundliche Ausstattung und Organisation von Sitzungen. Diese Beispiele belegen, dass Familienfreundlichkeit konkret umsetzbar ist – auch in der Kommunalpolitik. Gütersloh ist zertifiziert als familienfreundliche Kommune, daher ist dieser Schritt längst überfällig.

Es soll deutlich darauf hingewiesen werden, dass durch die Priorisierung, Straffung und klare Strukturierung von Sitzungsinhalten keine inhaltlich wichtige Diskussion ausgeschlossen werden soll. Vielmehr sollen nur Punkte, bei denen dies möglich ist, effizienter behandelt werden – zugunsten der Teilhabe aller. Sollten sehr strittige Punkte auf der Tagesordnung stehen, die vermutlich kontrovers diskutiert werden, könnte in der Einladung bereits antizipiert werden, dass der selbstgewählte zeitliche Rahmen in dieser Sitzung vermutlich nicht eingehalten werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Helmig

(Fraktionsvorsitzender CDU)

Sabine Hollmann

(stellvertretende Fraktionsvorsitzende SPD)

Jürgen Behnke

(Fraktionsvorsitzende BfGT)

Sascha Priebe

(Fraktionsvorsitzender FDP)